

HESSISCHE KOMITEES
GEGEN BERUFSVERBOTE

C/O DR. DR. JOACHIM KAHL
AN DER BERGHECKE 22
3550 MARBURG
TEL. 06421/81996

An alle
hessischen Komitees
gegen die Berufsverbote
und die demokratischen
Organisationen in Hessen

Frankfurt/Main, 6.12.77

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freunde,

Wir bitten Sie mit dafür Sorge zu tragen, daß der beiliegende Aufruf in Ihrem Bereich bekannt wird, und von möglichst vielen Persönlichkeiten unterzeichnet wird.

Ferner bitten wir darüber zu diskutieren, ob Sie oder Ihre Organisation nicht selbst mit zu der Demonstration und Kundgebung am 28. Januar 1978 aufrufen können.

Vielen Dank für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dr. Joachim Kahl

P.S. Wir sind gerne bereit, Ihnen - falls erforderlich - weitere Aufrufe zukommen zu lassen.

HESSISCHE KOMITEES
GEGEN BERUFSVERBOTE

C/O DR. DR. JOACHIM KAHL
AN DER BERGHECKE 22
3550 MARBURG
TEL. 06421/81996

Frankfurt, 5. 12. 1977

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freunde,

In der Anlage übersende ich Ihnen einen Aufruf zum 6. Jahrestag des "Radikalenerlasses" am 28. Januar 1978, den die Hessischen Komitees gegen Berufsverbote auf ihrer letzten Sitzung in Gießen verabschiedet haben. Ich bitte Sie höflich, wohlwollend zu prüfen, ob Sie den Aufruf als Erstunterzeichner unterstützen können. Wenn ja, senden Sie mir bitte so rasch wie möglich den unterschriebenen Aufruf zurück.

Eine gedruckte Textfassung mit den Erstunterzeichnern soll noch vor Weihnachten an die 15 Hessischen Komitees gehen und zur örtlichen Vorbereitung der Aktion sowie weiterer Öffentlichkeitsarbeit dienen.

Die Demonstration am 28. Januar 1978 wird mit einer Kundgebung auf dem Römerberg enden. In anderen Bundesländern finden gleichzeitig Parallelveranstaltungen statt. Bitte helfen Sie tatkräftig mit, daß das Berufsverbot rasch vom Tisch kommt.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr

gez. Dr. Joachim Kahl

Aufruf zum 28. Januar 1978

6 JAHRE RADIKALENERLASS

6 JAHRE DEMOKRATISCHER WIDERSTAND GEGEN DIE BERUFSVERBOTE !

Frankfurter Bürger, hessische Bürger ! Seit 1972 beeinträchtigen die Berufsverbote die öffentliche Meinungs- und Willensbildung. Sind wir im gesicherten Besitz jener bürgerlichen Freiheitsrechte, die Hoffmann von Fallersleben schon 1814 forderte:

"Wohl freies Wort und freien Sang ?
Und nirgends Lehr- und Glaubenszwang ?"

Über 4000 Berufsverbote und fast 1,3 Millionen Gesinnungsprüfungen in der Bundesrepublik sprechen eine andere Sprache. Lehrer dürfen nicht lehren, weil sie für ihre demokratische Überzeugung einstehen. Wissenschaftler und Juristen, Krankenschwestern, Eisenbahner und Postboten - wer auch immer Arbeit sucht im öffentlichen Dienst, wird verfassungswidrigen Gesinnungsüberprüfungen oder gar demütigenden Anhörungen unterworfen. Das haben die Väter unserer Verfassung nicht gewollt. Ihnen ging es nach 1945 um die völlige Überwindung des Faschismus und in Wahrheit um einen demokratischen Neubeginn.

Freiheitlich-demokratischer Bürgersinn kann sich nicht damit abfinden, daß durch Springer, Strauß und Dregger, die in Südafrika der rassistischen Apartheid und in Chile einer faschistischen Militärdiktatur Hilfestellung leisteten, immer wieder hysterische Hetzkampagnen gegen fortschrittliches Denken und Schaffen in Gang gesetzt werden.

1878, vor 100 Jahren, benutzte Bismarck die verbrecherischen Attentate aus dem Gleisgeratener Wirrköpfe, die der Arbeiterbewegung und dem demokratischen Bürgertum völlig fernstanden, (wie heute die irreführenden Befürworter individuellen Terrors mit ihrer Abscheu erregenden kriminellen Handlungen) um das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" durchzudrücken. Dieses Sozialistengesetz wurde nach 12 Jahren durch die erstarkende Arbeiterbewegung im Bündnis mit der fortschrittlichen Demokratie zu Fall gebracht. Wie beschämend für die SPD, daß sie heute selbst am Verhängen von Berufsverboten beteiligt ist, wie etwa der hessische Kultusminister Krollmann.

Aus der Geschichte wissen wir: wer die Intelligenz ins Korsett von Berufsverboten zwängt, wer Schriftsteller, Dichter und Künstler als "Pinscher" verunglimpft, ihr soziales Engagement böswillig entstellt und die Stätten von Wissenschaft, Lehre und Forschung als "Brutstätten des Terrors" diffamiert, der bekämpft in Wirklichkeit die Freiheitsrechte der arbeitenden Menschen, der zielt gegen die demokratischen Rechte aller Bürger.

Wie wir Heinrich Böll, Luise Rinser, Helmut Gollwitzer und alle zu Unrecht Verleumdeten in Kultur und Wissenschaft in Schutz nehmen, so treten wir auch für Silvia Gingold und Charlotte Nieß, die Lehrer Doris Fisch, Hans Roth, Anke Wagner, Walter Wöll und

die Eisenbahner Werner Krone und Axel Seiderer und alle übrigen vom Ministerpräsidentenbeschluß Betroffenen ein. Wer auch immer auf grund seiner demokratischen Unbeugsamkeit beruflich benachteiligt und diffamiert wird - ihnen allen gemeinsam gilt unsere Solidarität.

Lernen wir aus der Geschichte aber auch die Zuversicht, daß der demokratische Fortschritt auf die Dauer nicht aufgehalten werden kann: der Radikalenerlaß muß und wird fallen, wie einst das Bismarck'sche Sozialistengesetz gefallen ist.

Deshalb werden wir nicht nachlassen, zur Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte aufzurufen. Jeder kann dazu beitragen

- im Betrieb, an seinem Arbeitsplatz, in Schule und Universität,
- in Berufsverbänden, Kirchen und Parteien.

Wir rufen dazu auf, die landesweite Demonstration am 28. Januar 1978 zu unterstützen und an der Kundgebung auf dem Römerberg teilzunehmen.

Wir fordern die Einstellung aller Berufsverbots-Opfer und die Wiedergutmachung des angerichteten Schadens. Wir fordern die Aufhebung des Radikalenerlasses und die Beendigung der antidemokratischen Diffamierung.

Meinungsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Demonstrationsfreiheit, Berufsfreiheit !

Verteidigt die verfassungsmäßigen Rechte !

Verantwortlich: Dr. Joachim Kahl, Marburg

Spendenkonto: Sonderkonto Dr. Dr. J. Kahl PSch Ffm 21793-608

(einsenden an: Dr. Joachim Kahl, An der Berghecke 22, 355 Marburg)

(hier abtrennen)

Ich/Wir unterstützen den Aufruf zur Demonstration und Kundgebung am 28. Januar 1978 in Frankfurt/Main

..... (Name) (Vorname)
..... (Straße/Platz) (Wohnort)
..... (Organisation/Funktion) (Unterschrift)